

ab dem Dienst:  
800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Verleger: Medieninhaber, Herausgeber und Druck, Presse- und Informationsdienst (MFI 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur: Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort: Wien  
Druck: in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

**Freitag, 22. Mai 1987**

**Blatt 1087**

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

**Kommunal/Lokal:**

- Terminvorschau vom 25. Mai bis 5. Juni (1088/1089)
- „Bürgernahe Verwaltung dient Festigung der Demokratie“ (1090)
- Zweite „Wiener Vorlesung“ im Zeichen Alfred Adlers (1091/1092)
- Autobuslinie „74 A“ bis St. Marx verlängert (1093)
- Schlammeinleitung: Donauwasser nicht beeinträchtigt (1094)
- Empfang für internationale Sachverständige (1095)
- Wiener Landtag (1096-1101)
- Das Mühlwasser ist wieder zum Baden geeignet (1102)
- Bauordnungsnovelle vom Wiener Landtag beschlossen (1103)
- Wiener Gemeinderat (1104-1106)

## Terminvorschau vom 25. Mai bis 5. Juni

Wien, 22.5. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 25. Mai bis 5. Juni hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

### MONTAG, 25. MAI:

9.00 Uhr, 10 Jahre Wiener Psychiatriereform, Eröffnung durch Bgm. Zilk und StR. Stacher (Palais Palfy, 1, Josefsplatz 8)

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

11.00 Uhr, Eröffnung der Parkanlage Wienerberg durch StR. Braun (10, südlich der Wohnhausanlage Wienerberg, Zufahrt: Neilreichgasse)

13.30 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Kurt Votava (Arbeitszimmer Bgm.)

14.00 Uhr, Eröffnung der Städtischen Bücherei, 22, Lieblgasse 3 (Schulpavillon) durch StR. Smejkal

15.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Mrkvicka an a. o. Univ.-Prof. Hofrat Dr. Walter Fiedler, Hofrat Prof. Mag. Heinrich Föhrmann und Wilhelm Köllesberger (Steinerner Saal, Rathaus)

### DIENSTAG, 26. MAI:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

12.30 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Smejkal an Gertrude Morbeck, Oberamtsrat i. R. am Pädagogischen Institut der Stadt Wien, und an Hauptschuldirektor Dr. Ernst Hickl (Roter Salon, Rathaus)

15.30 Uhr, Überreichung der Nestroy-Ringe der Stadt Wien 1986 durch Bgm. Zilk an KammerschauspielerIn Inge Konradi und Christine Nöstlinger (Stadtsenatssitzungssaal, Rathaus)

### MITTWOCH, 27. MAI:

10.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Edlinger — Ausstellung „Fassadenwettbewerb“ (8, Felderstraße 2)

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener SPÖ mit Klubobmann Dr. Swoboda und StR. Edlinger „Mietermitbestimmung“ (SPÖ-Klub, Rathaus)

11.00 Uhr, Pressefahrt Vorortelinie (Abfahrt: Bahnhof Heiligenstadt)

11.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz

### DONNERSTAG, 28. MAI (Feiertag):

ab 13 Uhr, Bäderfest im Hietzinger Bad

### FREITAG, 29. MAI:

ab 8.30 Uhr, Symposium Intensivmedizin mit StR. Stacher (Kurzentrum Oberlaa)

### SAMSTAG, 30. MAI:

9.30 Uhr, Eröffnung des 3. Wiener Tramwaytags (Betriebsgarage Spetterbrücke, 16, Paltaufgasse 2)

10.30 Uhr, Eröffnung der Vorortelinie (Heiligenstadt)

### SONNTAG, 31. MAI:

Familiensonntag

**MONTAG, 1. JUNI:**

11.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Verkehr und Energie

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

15.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Mrkvicka an Dietmar Grieser, Margarete Adametz und Norbert Maier (Steinerner Saal, Rathaus)

**DIENSTAG, 2. JUNI:**

11.30 Uhr, Pressekonferenz des Bürgermeisters (PID)

**MITTWOCH, 3. JUNI:**

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Hofmann und StR. Edlinger „Kleingartenkonzept“ (PID)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Hatzl an Gen.-Dior. Komm.-Rat Ing. Robert Prade und Dior. Dkfm. Dr. Friedrich Hinterleitner (Steinerner Saal, Rathaus)

**DONNERSTAG, 4. JUNI:**

9.00 Uhr, Enquete „Die innere Heimreform“ mit StR. Smejkal (Ausbildungszentrum, 21, Freytaggasse)

9.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Wohnbau und Stadterneuerung

10.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Mrkvicka „Musiksommer“ (PID)

11.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Mayr an Gen.-Dior. Dr. Walter Wolfsberger (Steinerner Saal, Rathaus)

**FREITAG, 5. JUNI:**

8.30 Uhr, Inbetriebnahme der Oberbauwerkstätte in der Zentralwerkstätte Simmering, StR. Hatzl

10.00 Uhr, Überreichung von Ehrenzeichen durch StR. Seidl an die Inspektoren Heinz Gruber, Manfred Idinger und Franz Pöchlinger (Steinerner Saal, Rathaus)

10.30 Uhr, Verlängerung „36 A“, StR. Hatzl (Oberfellplatz)

11.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Umwelt und Bürgerdienst  
(Schluß) red/gg

## **„Bürgernahe Verwaltung dient Festigung der Demokratie“**

**Leiter der Wiener Verwaltungsakademie vor Studenten**

Wien, 22.5. (RK-KOMMUNAL) „Eine bürgernahe Verwaltung dient der Festigung der Demokratie“. Das erklärte der Leiter der Verwaltungsakademie der Stadt Wien, Obersenatsrat Dr. Karl THEUER, in einem Vortrag vor Studenten der Wirtschaftsuniversität. Die Stadt Wien setze daher alles daran, erklärte Theuer, ihre Mitarbeiter bereits vom Diensteintritt an nicht nur umfassend fachlich auszubilden, sondern ihnen auch die Voraussetzungen für den Kontakt mit dem Bürger mitzugeben. Die Verwaltungsakademie der Stadt Wien, die seit 1929 besteht und als Referat der Magistratsdirektion geführt wird, ist die älteste derartige Einrichtung Österreichs. Andere Gebietskörperschaften begannen erst fast 50 Jahre später nach und nach, ähnliche Einrichtungen zu schaffen.

**Am Anfang 50 Spitzenbeamte, jetzt 10.000 Mitarbeiter aus allen Verwaltungsbereichen in den Kursen**

Bei dieser Veranstaltung an der Wirtschaftsuniversität, die unter dem Titel „Aus- und Fortbildung im öffentlichen Dienst am Beispiel der Stadt Wien“ stattfand, erklärte Obersenatsrat Theuer, der Anstoß zur Gründung der Wiener Verwaltungsakademie sei durch die umfassenden sozialen- und Reform-Programme in Wien unter Karl Seitz, Julius Tandler und Hugo Breitner erfolgt. Damals habe sich gezeigt, daß eine leistungsfähige Verwaltung durch entsprechende Schulung der Mitarbeiter (zu dieser Zeit nur ein paar Dutzend Spitzenbeamte) aufgebaut werden mußte, um diese Reformen durchführen zu können. Bereits zu dieser Zeit wurden höchstqualifizierte Vortragende herangezogen. Im vergangenen Jahr, dem siebenundfünfzigsten ihres Bestehens, verzeichnete die Verwaltungsakademie der Stadt Wien mehr als 10.000 Kursteilnehmer in über 700 Veranstaltungen, die von mehr als 400 Referenten, darunter auch Spitzenkräfte von den Universitäten, aus der Bundesverwaltung und der Wirtschaft, betreut wurden.

Theuer erläuterte den angehenden Wirtschafts-Akademikern, daß jeder Mitarbeiter der Stadt Wien noch vor seinem ersten Kontakt mit der Bevölkerung eine Woche lang hinsichtlich der Kompetenzen und Strukturen der Verwaltung ausgebildet wird. Er erhält auch Grundsätze der Lernpsychologie vermittelt und erlernt das Arbeiten im Team ebenso wie das Verhalten im Kontakt mit der Bevölkerung. Je nach Art des Aufgabenbereiches und Stellung innerhalb der Verwaltung schließen sich daran weitere, teilweise auch ein Jahr dauernde Kurse, die mit Prüfungen abzuschließen sind. Die Ablegung dieser Prüfung ist unabdingbare Voraussetzung für eine Beschäftigung bei der Stadt Wien.

**Übernahme neuer Aufgaben bedeutet Verzicht auf andere Leistungen**

Die Übernahme neuer Aufgaben, zu der die Verwaltung aufgrund neuer Gesetze verpflichtet wird, schafft naturgemäß zusätzliche Belastungen für die Verwaltung. Dazu Obersenatsrat Dr. Theuer: „Wenn neue Aufgaben hinzukommen, die weitere Kapazitäten benötigen, und alle Rationalisierungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind, wird man nicht umhin können, bestimmte Aufgabenbereiche, die bisher von der Stadtverwaltung wahrgenommen wurden, abzugeben. Es wird also die Eigeninitiative der Bevölkerung zunehmen müssen, wie dies in Wien zum Beispiel auf sozialem und gesundheitlichem Gebiet durch Selbsthilfegruppen geschieht, die von der Stadt Wien gefördert und unterstützt werden.“ (Schluß) and/rr

## Zweite „Wiener Vorlesung“ im Zeichen Alfred Adlers

Wien, 22.5. (RK-KOMMUNAL) Als posthume Bestätigung für die Wichtigkeit der tiefenpsychologischen Erkenntnisse Alfred Adlers wertete Univ.-Prof. Dr. Walter SPIEL die Wissenschaftsentwicklung der letzten 50 Jahre in der zweiten „Wiener Vorlesung“, die Donnerstag abend im Rahmen einer Gedenkfeier anlässlich des 50. Todestages Alfred Adlers stattfand. In seiner biografischen Einleitung charakterisierte Spiel drei Hauptkomponenten im Wirken Adlers, der 1911 nach seiner Trennung vom Kreis Sigmund Freuds die „Tiefenpsychologische Schule“ begründete. Mit seinem Konzept der „Individualpsychologie“, das nicht nur für die damalige Zeit neue Aspekte wie „Sozialbezogenheit“ und „soziales Bewußtsein“ in die Theorie der Neurosenentstehung miteinbezog, sondern auch für die Therapie neue Vorgangsweisen vorsah, konnte Alfred Adler Erkenntnisse gewinnen, die heute als Basis für die kognitive Verhaltensforschung, die psychosomatische Medizin und als wesentliche Lehrinhalte der zeitgemäßen Pädagogik gelten. Erfahrungen im Beziehungskontakt und die Erforschung des Erziehungsumfeldes des Menschen waren gemäß der Überzeugung Adlers Anliegen, die er in seiner Lehre als prinzipiell vertrat und die in der Therapie nicht in Form von „Machtstreben“, sondern von „Überwindungsstreben“ die Kompensation von „Minderwertigkeitsgefühlen“ möglich machen sollten.

Es war das Verdienst des Individualpsychologen Alfred Adler, anstelle des kausalen Denkens ein final orientiertes Konzept in die Tiefenpsychologie einzuführen und im Unterbewußtsein des Menschen die soziale Dimension zu entdecken.

### „Alfred Adler und die Zukunft der Erziehung“

Neue, sinnvolle Erziehungsmethoden seien ohne die Berücksichtigung der tiefenpsychologischen Erkenntnisse Alfred Adlers unmöglich, leitete Univ.-Prof. Dr. Erwin RINGEL seinen Festvortrag zum Thema „Alfred Adler und die Zukunft der Erziehung“ ein. Entsprechend dem Satz Adlers „Ein Kind, das Schwierigkeiten macht, hat Schwierigkeiten“, sei der Pädagoge der „erste Therapeut“ des Kindes. So sei es die Aufgabe der Schule und auch der Hochschule, nicht nur Wissensvermittlung, sondern vor allem auch Menschenbildung zu betreiben. Im Sinne Alfred Adlers seien die Entwicklung des Gemeinschaftsgefühls, das Bewältigen von Angst durch Zuwendung und Dialog sowie das Überwinden und Vermeiden von Minderwertigkeitsgefühlen wichtigste Lernziele. Schule müsse, erklärte Ringel, ein „Ort des Lernens der Solidarität“ gegenüber Schwächeren sein, Hilfsbedürftigkeit dürfe nicht als Minderwertigkeit interpretiert werden. „Schulerfolg“ dürfe nicht „Erfolg gegen einen anderen Schüler“ sein, schulischer Streß dürfe nicht zu krankhaftem Schuldgefühl führen.

Nur eine intensive, wechselseitige Schüler-Lehrer-Beziehung könne das Gefühlsleben jungen Menschen, ihre Entfaltung und Weltanschauung positiv prägen und sie zu mündigen Bürgern erziehen. Unterricht bedeute praktizierte Gruppentherapie, zu der Adler den Grundstein gelegt habe, führte Ringel weiter aus. Die Lehrerausbildung, besonders für AHS-Pädagogen, sei für diese Aufgaben nicht ausreichend. So fehlten grundlegende tiefenpsychologische Informationen, seien Gruppendynamik und Selbsterfahrung nicht berücksichtigt. Man müsse das Gedankengut Alfred Adlers, der in seinem persönlichen Leben und in seiner Lehre ein Mann gemeinschaftlicher Aktivität war, im Geiste Adlers in den österreichischen Schulen realisieren, forderte Ringel.

Forts. auf Blatt 1092

**Zilk für verbesserte Lehrerausbildung**

Die abschließende Diskussion leitete Bürgermeister Dr. Helmut ZILK mit einer Wortmeldung ein. „Schule“ sei eines der wirklichen Probleme unserer Zeit, erklärte Zilk, doch seien Fortschritte zu verzeichnen. Gerade die Zwischenkriegszeit sei von besonderem pädagogischem Enthusiasmus geprägt gewesen, erinnerte Zilk im Zusammenhang mit Adler an den Schulreformer Otto Glöckel. Idealistische von einer Aufbruchsstimmung bestimmte Menschen hätten das Bild der damaligen Schule historisch geprägt. Die derzeitige Entwicklung auf dem Hauptschulsektor stelle die dringende Anforderung, vor allem die psychologische und pädagogische Ausbildung der AHS-Lehrer rasch zu verbessern und die Schuldiskussion wieder aufzunehmen. (Schluß) jel/gg

Forts. von Blatt 1091

## **Autobuslinie „74A“ bis St. Marx verlängert**

Wien, 22.5. (RK-KOMMUNAL) Ab morgen, Samstag, den 23. Mai, wird die Autobuslinie „74A“ von ihrer bisherigen Endstation Grasberggasse/Leberstraße in Richtung St. Marx verlängert. Damit werden Wohngebiete im Bereich Hofmannsthalgasse und Betriebsgebiete in St. Marx besser an das öffentliche Verkehrsnetz angeschlossen. Die neue Endstation „St. Marx“ liegt nun in der Leberstraße, gegenüber der Nr. 2.

Die neue Fahrstrecke der Linie „74A“ führt ab Grasberggasse/Leberstraße zur bestehenden Route. Auf der Verlängerungsstrecke gibt es zwei neue Haltestellen, nämlich in der Grasberggasse Nr. 4 und in der Hofmannsthalgasse Nr. 12. Die Fahrzeit der Linie beträgt während der Verkehrsspitze vom Dr.-Karl-Lueger-Platz bis St. Marx 20 Minuten, in der Gegenrichtung 18 Minuten. Die Betriebszeiten ändern sich nicht. (Schluß) roh/bs

## **Schlammleinleitung: Donauwasser nicht beeinträchtigt**

Wien, 22.5. (RK-KOMMUNAL) Die Bedenken, wonach die Qualität des Donauwassers durch das Einleiten von Schlamm aus der Neuen Donau gefährdet wäre, sind unbegründet, erklärte Umweltstadtrat Helmut BRAUN Freitag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“.

Umfangreiche Untersuchungen der Bundesanstalt für Wassergüte und der zuständigen magistratsinternen Fachdienststellen haben ergeben, daß die Donau durch den enormen Verdünnungseffekt, der beim Einleiten des Schlammes in das Wasser entsteht, kaum meßbar belastet wird.

Die geplante Naßschlammleinbringung in die Donau war auch das Thema einer vom 5. bis 7. Mai abgehaltenen Fachtagung der Bundesanstalt für Wassergüte. Als praktisches Beispiel diente dabei die Schlammabsaugung aus der Alten Donau-Wasserpark in die Donau. Dieser chemisch-organisch belastete Schlamm wurde, in entsprechender Verdünnung, in die Donau gepumpt. Die einhellige Aussage der Experten: Weder die Donau noch das ufernahe Grundwasser sind, nach genauen Prüfungen, feststellbar beeinflußt worden. Dieses Modellverfahren wird früher oder später zweifellos als Entscheidungshilfe für ähnliche Projekte herangezogen werden.

Zu den Schlammuntersuchungen der Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz ist festzustellen, daß selbstverständlich auch die Fachabteilungen der Stadt Wien im Nord-, Mittel- und Südteil der Neuen Donau Sedimentproben gezogen und analysiert haben. Dabei wurden an Zink, Cadmium und Nickel jedoch wesentlich geringere Werte gemessen.

Wie Stadtrat Braun gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ betonte, sei die geplante Schlammabsaugung aus der Neuen Donau in Anbetracht der übereinstimmend positiven Gutachten der Experten ein wichtiges Anliegen der Stadtverwaltung, da nur durch diese Maßnahme im Interesse der Bevölkerung noch vor der Badesaison die Wasserqualität der Neuen Donau noch verbessert werden kann. (Schluß) pa/rr



## **Empfang für Internationale Sachverständige**

Wien, 22.5. (RK-KOMMUNAL) Die Stadt Wien gab am Donnerstag einen Empfang für die rund eintausend Teilnehmer am derzeit in der Bundeshauptstadt tagenden Internationalen Kongreß der allgemein beeideten gerichtlichen Sachverständigen.

Wie Stadtrat Friederike SEIDL in ihrer Begrüßungsrede ausführte, stünden „angesichts vieler komplexer Themen Sachverständige und Politiker gleichermaßen im Spannungsfeld von Ökologie und Ökonomie“. (Schluß)  
pz/gg

## Wiener Landtag

### Fragestunde

Wien, 22.5. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von Landtagspräsident SALLABERGER (SPÖ) trat der Wiener Landtag am Freitag zu einer Sitzung zusammen. Die Sitzung wurde mit einer Fragestunde eingeleitet.

Auf die ERSTE ANFRAGE von LAbg. Mag. Eva PETRIK (ÖVP), ob er als Präsident des Stadtschulrates für Wien bereit sei, Vorsorge zu treffen, daß bei den Wahlen der Lehrervertreter in die Disziplinar- und Leistungsfeststellungskommissionen am 4. Juni 1987, die Briefwahl ermöglicht werde, erklärte Landeshauptmann Dr. ZILK, daß dies zu diesem Zeitpunkt nicht möglich sei. Es werde allerdings Gespräche geben, auch ortsabwesenden Wahlberechtigten in Zukunft die Möglichkeit zur Wahl zu geben.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von LAbg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), ob er an den Bund wegen einer Novellierung des Mietengesetzes herantreten werden, damit bei einer grundlegenden Änderung der Einkommenssituation dies für Mieter von Sozialwohnungen der Stadt Wien einen Kündigungsgrund darstellt, erklärte Landeshauptmann Dr. Zilk, eine Änderung des Einkommens könne kein Kündigungsgrund sein. Verlust einer Wohnung aufgrund der Änderung der Einkommenssituation, sei ebenso unzumutbar wie eine ständige Kontrolle der Einkommen durch die Verwaltung.

Auf die DRITTE ANFRAGE von LAbg. HENGELMÜLLER (SPÖ), wie weit die Arbeiten an einer Spielplatzverordnung gediehen seien, stellte Stadtrat Friederike SEIDL (SPÖ) fest, daß die MA 64 bereits angewiesen wurde, eine entsprechende Verordnung auszuarbeiten. Die Schwerpunkte der Verordnung seien beispielsweise die Festsetzung einer Mindestgröße für Kleinkinder- und Kinderspielplätze, Schutzvorrichtungen in der Nähe von öffentlichen Verkehrsflächen, Sandkisten für Kleinkinderspielplätze und die sachgerechte Aufstellung der Spielgeräte.

Auf die VIERTE ANFRAGE von LAbg. REITER (SPÖ), welche Aktivitäten von der Stadt Wien entfaltet werden, um das Niveau der Lenkerprüfung zu heben, sagte StR. SEIDL (SPÖ), daß seit dem Frühjahr 1985 Einführungs- und Schulungsseminare für Lenkerprüfer stattfinden. Derzeit gibt es 133 Sachverständige für Lenkerprüfungen, ab Juli werden die ersten drei Frauen in dieser Branche ihren Dienst aufnehmen. Bessere Prüfungsbedingungen werden darüberhinaus durch eine Dezentralisierung und Erweiterung der Prüfungsorte geschaffen.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LAbg. HAHN (ÖVP), ob es unüberbrückbare Auffassungsunterschiede über die Finanzierung des Polizeiwachzimmers 2, Am Praterstern, zwischen Wien und dem Bund gebe, sagte Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ), das Polizeiwachzimmer wurde 1980 auf Wunsch der Bundespolizeidirektion und der Bevölkerung der Leopoldstadt errichtet, wobei Einvernehmen darüber herrschte, daß dem Land Wien die Baukosten durch den Bund in Form einer Mietzinsvorauszahlung ersetzt werden. Bis heute wurden aber alle entsprechenden Vertragsentwürfe vom Bund abgelehnt. Da bereits der Rechnungshof diesen vertragslosen Zustand kritisiert hat, hat das Land Wien den Bund ein letztmaliges Angebot unterbreitet. Kommt es zu keiner Einigung, so müßte das Land Wien zur Wahrung seiner Eigentümerinteressen und der Interessen der Wiener Steuerzahler eine Räumungsklage einbringen.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von LAbg. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP), weshalb der Empfang von Kabel-TV-Programmen als Vergnügen besteuert werden soll, sagte Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR, daß eine derartige Regelung vorerst im Entwurf für ein neues Vergnügungssteuergesetz enthalten ist, weil Kabel-TV eindeutig als visuelles Vergnügen zu begreifen ist. Das Begutachtungsverfahren läuft noch.

Auf die Zusatzfrage, ob diese Besteuerung eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes gegenüber „normalen“ Fernsehkonsumenten sei, sagte Mayr, daß hier nur eine Verfassungsklage eindeutige Aufklärung bringen könnte.

Landtagsabgeordneter Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) erkundigte sich in der SIEBENTEN ANFRAGE nach dem Stand der Gespräche über die Veräußerung von Bundesanteilen an der Flughafen Wien Betriebsges.m.b.H. mit Vertretern der Bundesregierung. Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ) erklärte, daß die Bundesländer Niederösterreich und Wien grundsätzlich ihre Gesprächsbereitschaft bekundet hätten. Allerdings müßten bestimmte Voraussetzungen — etwa hinsichtlich der Kompetenzen für Landegenehmigungen — getroffen werden. Das erste Gespräch wurde für 5. Juni 1987 festgesetzt.

Um die Frage der Wirtschaftlichkeit zu entscheiden, müsse in erster Linie die Bewertung des Bundesanteiles abgewartet werden. Es wäre denkbar, daß der Kaufpreis unter Beteiligung eines Kreditinstitutes aufgebracht werde, auch Privatbeteiligungen werden von vornherein nicht ausgeschlossen.

Die ACHTE ANFRAGE stellte LAbg. WIMMER (SPÖ): Welche Schwerpunkte sind für die beabsichtigte Novellierung der WSG-Verordnung vorgesehen? StR. EDLINGER (SPÖ) erklärte, daß vor allem die Stadterneuerung forciert werden solle. So werden die Annuitätenzuschußleistungen neu geregelt sowie auf Wunsch der Wirtschaft die Grenzen für öffentliche Ausschreibung angehoben. Zu den sozialen Problemen, die in Zusammenhang mit Absiedlungen entstehen können, erklärte Edlinger, daß alle Maßnahmen getroffen werden sollen, damit Härtefälle vermieden werden. So soll zwingend vorgeschrieben werden, daß bei Absiedlungen aus Substandardwohnungen die Ersatzwohnungen keinen Substandard aufweisen dürfen.

In der NEUNTEN ANFRAGE erkundigte sich LAbg. KREMNIETZER (SPÖ) über den Stand der Planung der „B 3“. StR. HOFMANN (SPÖ) erklärte, daß das Detailprojekt für den Abschnitt vom Kagraner Zentrum bis zur Donaufelder Straße Ende 1985 dem Bundesministerium für Bauten und Technik zur Genehmigung vorgelegt wurde. Auf Wunsch des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten muß es noch einmal überarbeitet werden. Ein neuer Vorschlag wird noch heuer im Juni vorgelegt. Im Falle einer Zustimmung wird die MA 28 das Detailprojekt innerhalb von sechs Monaten entsprechend adaptieren und dem Bundesministerium neuerlich vorlegen.

Zum Abschnitt Brünner Straße — Leopoldauer Straße erklärte Hofmann, daß mit 3. September 1986 das Anhörungsverfahren freigegeben wurde, welches bis 5. November 1986 durchgeführt wurde. Derzeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten neuerlich eine bereits auf Bezirkswunsch ausgeschiedene Variante über die Josef-Baumann-Gasse zur Donaufelder Straße ebenso wie der Ausbau der Verbindung zur Prager Straße zur Diskussion gestellt.

#### **Vereinbarung über Immissionswerte**

StR. BRAUN (SPÖ) stellte den Antrag, die Vereinbarung über die Festlegung von Immissionsgrenzen für Luftschadstoffe und über Maßnahmen zur Verringerung der Belastung der Umwelt zu genehmigen.

LAbg. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) erklärte, der Problemkreis Umweltpolitik müsse auf Bundesebene gesehen werden, wo es derzeit aber Verzögerungen gebe. Eine Reihe von gesetzlichen Verordnungen sei während der freiheitlichen Regierungsbeteiligung überarbeitet worden, nun habe man aber die Budgetmittel verringert und die Kompetenzen verwässert.

Forts. von Blatt 1096

Forts. auf Blatt 1098

Pawkowicz forderte im Zusammenhang mit dem Brand in der Müllverbrennungsanlage Spittelau eine Überprüfung der derzeitigen Luftgüte bzw. eine Gegenüberstellung der derzeitigen Werte mit den Erstwerten. Außer den Kostenüberlegungen für eine Reparatur bzw. einen Neubau müsse eine Diskussion über das Problem einer Müllverbrennungsanlage im Kernbereich der Stadt in Gang gebracht werden. Man könne in diesem Konnex das Bundesland Niederösterreich nicht aus der Verantwortung entlassen, erklärte Pawkowicz und brachte einen BESCHLUSSANTRAG auf Aufnahme von Verhandlungen mit dem Bundesland Niederösterreich zur gemeinsamen Festlegung eines neuen Standortes für eine Müllverbrennungsanlage für beide Bundesländer ein.

Die zu beschließende Vereinbarung, erklärte LAbg. Dr. HAWLIK (ÖVP), sei ein erster Schritt zur Realisierung eines „Bundesluftfahrplanes“, dem eine Smogalarmverordnung und eine Novellierung des Dampfkessel-Emissionsgesetzes folgen müßten. Hawlik kritisierte, daß es zum 1982 beschlossenen Luftreinhaltegesetz immer noch keine Verordnungen gebe, und dieses daher nicht exekutierbar sei. Es fehle eine vorausschauende und planende Umweltpolitik — eine sanierende könne nicht genug sein. Darüber hinaus habe man es verabsäumt, den einzelnen Bürger über die tatsächlichen Probleme zu informieren und ihn damit zur Eigenaktivität zu motivieren. Hawlik forderte den Erlass der Verordnungen zum Luftreinhaltegesetz, einen Emissions- und Immissionskataster, die Realisierung des Müllkonzeptes, den Ausbau des Luftmeßstellennetzes und die Erstellung eines Energiespargesetzes.

Im Zusammenhang mit dem Brand im Fernheizwerk Spittelau forderte Hawlik, anstelle einer Sanierung der bestehenden Anlage umgehend die Frage der Errichtung einer neuen Müllverbrennungsanlage an einem aus der Sicht des Umweltschutzes dafür geeigneteren Standort unter Einschaltung unabhängiger Experten zu prüfen.

Es sei Bestandteil der Verantwortungsethik, erklärte LAbg. Dr. HÄUPL (SPÖ), nicht zu warten, bis wissenschaftliche Unterlagen zur Gänze vorhanden seien, sondern im Sinne einer praktischen Umweltpolitik konkrete Maßnahmen zur Reduktion des Schadstoffausstoßes so rasch wie möglich zu setzen. Dies sei in Wien geschehen. Müllvermeidung sei aber, wie die mangelnde Bereitschaft der Wirtschaft zur Kooperation gezeigt habe, mit reiner Marktwirtschaft nicht zu betreiben. Restriktive und dirigistische Maßnahmen seien nötig. Luftschadstoffe zu messen, sei eine entscheidende Voraussetzung dafür, derartige Probleme bereits im Ansatz bewältigen zu können. Das von Hawlik kritisierte Abfallwirtschaftskonzept trage den einzelnen Aspekten der Müllbewirtschaftung Rechnung. Zur Standortdiskussion über die Müllverbrennungsanlage Spittelau erklärte Häupl, die Entsorgungssicherheit müsse gewährleistet sein. Häupl brachte einen BESCHLUSSANTRAG zur Ausschöpfung aller kompetenzmäßigen Möglichkeiten für emissionsmindernde Maßnahmen in Wien ein.

Stadtrat HATZL (SPÖ) zog aufgrund der laufenden Debatte seinen für den Gemeinderat geplanten Bericht über den Brand im Fernheizwerk Spittelau vor. Hatzl berichtete über den Brandablauf und dankte in diesem Zusammenhang der Wiener Feuerwehr für ihren raschen und effizienten Einsatz. Hatzl wies darauf hin, daß von dem Brand die Schaltzentrale, der Müllbunker und die beiden Müllkessel sowie eine Reihe weiterer wichtiger Bestandteile unbeschädigt geblieben sind. Mit einer provisorischen Rauchgaswäsche könnte man die Müllverbrennung in acht bis neun Monaten wieder in Gang setzen, die Wiederinstandsetzung der gesamten Anlage nach modernsten Gesichtspunkten sei in rund zwei Jahren zu bewältigen. Der Sachschaden von 500 Millionen sei durch die Versicherungen gedeckt, die bestehenden Anlagen repräsentieren den Wert von rund einer Milliarde. Durch die Inbetriebnahme der Gaskesselanlage Leopoldau sei die Fernwärmeversorgung für den kommenden Winter gesichert. Ein Abbruch

Forts. von Blatt 1097

Forts. auf Blatt 1099

Forts. von Blatt 1098

des Fernheizwerkes Spittelau sei aufgrund der unbeschädigten Anlagenteile und des auf dieses Werk zugeschnittenen Fernwärmeleitungssystems nicht vertretbar.

Stadtrat BRAUN (SPÖ) wies darauf hin, daß der Ausfall des Werkes Spittelau die zusätzliche Aufbringung von mehr als 900 Tonnen Müll täglich auf die Deponie Rautenweg bedeutet und damit die Aufnahmekapazität dieser Deponie sehr stark belastet wird. Braun ging dann auf das Wiener Abfallwirtschaftskonzept ein, in dem die qualitative und quantitative Abfallverringerung, die Verwertung des Mülls zu Energie, die getrennte Sammlung und auch die Information und Motivation der Bevölkerung wesentliche umweltentlastende Maßnahmen bilden. In Wien gibt es inzwischen 26 Problemstoffsammelstellen und getrennte Müllsammlung für 300.000 Wiener in drei Bezirken. Noch heuer folgen weitere Bezirke. Ein dreiprozentiger Rückgang der Gesamtmüllmenge konnte bereits erreicht werden. 75.000 Haushalte in Wien werden mit Fernwärme versorgt, das Doppelte dieser Fernwärmemenge wird an Großabnehmer abgegeben. Die Deponie Rautenweg wird umweltkonform ausgestattet. Gemeinsam mit der Wirtschaft werden Konzepte zur Müllvermeidung entwickelt. Bestimmte Fragen sind allerdings nur gemeinsam mit dem Bund zu lösen, sagte Braun, diesbezügliche Vorschläge wurden bereits mehrfach gemacht. Das Wiener Abfallwirtschaftskonzept ist ein Beweis für die verantwortungsvolle Politik.

LAbg. Ing. WORM (ÖVP) bezeichnete das neue Magazin „Wien — Ansichten einer Stadt“ als ein Zeitgeist-Produkt, das wirr im Aufbau und chaotisch im Umbruch sei. Er bedauerte, daß das alte Magazin „Wien-aktuell“ aufgelassen worden sei. Das neue „Wegwerfprodukt“ enthalte keine grundlegenden Informationen. Außerdem kritisierte Worm die Plastikverpackung dieses „proletarischen Gesamtkunstwerks“.

In bezug auf den Brand in der MVA Spittelau stellte Worm gravierende Sicherheitsmängel fest. Auch der Standort der MVA sei ein unglaubliches Sicherheitsrisiko. Es sollte eine Standortanalyse durchgeführt werden. Es gebe keine Pläne, was bei einem Ausfall der MVA Flötzersteig zu tun sein, bzw. was am Rautenweg passieren sollte, wenn die Schütthöhe von 45 Meter erreicht sei. Auch die EBS und das Rinterzelt seien ständige Problemquellen. Worm kritisierte generell, daß es keine wirklich ausgereiften Konzepte, beispielsweise hinsichtlich Energie, Müll, Verkehr und Information gebe.

LAbg. Elisabeth DITTRICH (SPÖ) erklärte, daß sich die ÖVP erst in den letzten Tagen als Gegner von Müllverbrennungsanlagen erwiesen habe. Die Errichtung der Anlage Spittelau gehe auf einem gemeinsamen Beschluß zurück. Noch 1982 habe Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Busek die Errichtung einer dritten Müllverbrennungsanlage verlangt. Die ÖVP wolle offensichtlich mit der Vergeßlichkeit der Bevölkerung spekulieren, meinte Dittrich. Zur Abfallverringerung sollte das Problembewußtsein bei Konsumenten und Verursachern gestärkt werden.

LAbg. Dr. NEUBERT (ÖVP) meinte, daß mehr Augenmerk auf die Müllvermeidung gelegt werden muß. Wirksame Methoden dafür würden im Abfallwirtschaftskonzept vernachlässigt. Die Müllsituation sei nun nach dem Brand verschärft. Die Vorsortierung bei den Haushalten müßte attraktiver gemacht werden. Neubert brachte einen Antrag ein, mit dem das Land Wien aufgefordert wird, Verhandlungen mit Niederösterreich über die Errichtung einer Mülldeponie aufzunehmen.

LAbg. HUBER (SPÖ) dankte der Wiener Feuerwehr für den Einsatz beim Brand der Anlage Spittelau. Jetzt gelte es, die nur leicht beschädigte Müllverbrennungsanlage sowie die Rauchgasreinigung wiederherzustellen. Ein Neubau, wie ihn die ÖVP am Rautenweg vorschlägt, sei zu teuer und würde fünf Jahre Bauzeit benötigen.

Forts. auf Blatt 1100

LABg. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP) stellte fest, daß auch der Straßenverkehr ein Luftverschmutzer ist. Die Standorte der Müllverbrennungsanlagen seien verkehrsgünstig gelegen, sodaß weite Wegstrecken und eine Belästigung der Bevölkerung beim Mülltransport entstehen. Ein Schienentransport des Mülls sollte überlegt werden.

LABg. KIENDL (ÖVP) befürchtete, daß die vorläufige Schadenshöhe von 500 Millionen Schilling voraussichtlich wesentlich überschritten werden wird. Er forderte, daß der Schaden am Fernheizwerk Spittelau nochmals durch eine internationale, unabhängige Expertenkommission überprüft werde. Da die Brandursache noch nicht festgestellt werden konnte, sei die Sorge begründet, daß die Brandursache am System der Rauchgasreinigungsanlage liegen könnte. Weiters sei Vorsorge zu treffen, daß die durch den Brand ausfallende Fernwärmeabgabe kompensiert werde, ohne daß auf Umwegen der Fernwärmepreis erhöht werde, schloß Kiendl.

LABg. DAMPIER (SPÖ) führte aus, daß eine Standortänderung des Fernheizwerkes Spittelau nicht notwendig sei. Die Forderung der ÖVP dieses zu schließen und eine Anlage auf dem Rautenweg zu errichten, sei verwunderlich, da sich die ÖVP immerwieder gegen Großprojekte ausgesprochen habe. Es sei bedauerlich, daß bei tragischen Ereignissen von Seiten der Opposition nur populistische Agitation betrieben werde.

Umweltstadtrat BRAUN (SPÖ) erklärte in seinem Schlußwort, daß die Forderung der ÖVP nach einer nochmaligen Überprüfung der Brandschäden durch eine internationale Expertenkommission die Sanierung des Fernheizwerkes unnötig verzögern würde. Der Brand ist in einer Rauchgasreinigungsanlage ausgebrochen, die gerade überholt wurde und außer Betrieb war. Es könne deshalb nicht das System der Rauchgaswaschanlage, das dem letzten Stand der Technik entspricht, in Zweifel gezogen werden. Braun wies darauf hin, daß auch in der Bundesrepublik Deutschland mehrere Müllverbrennungsanlagen in Planung seien, weil es als Ergänzung zur Deponie und Müllvermeidung keine andere Alternative gebe.

Die Behauptung das neue Magazin „Wien — Ansichten einer Stadt“ sei in PVC-Verpackung versendet worden, entspreche nicht den Tatsachen. Die Verpackung bestehe nach Auskünften von Wissenschaftlern aus Polyäthylen. Auch sei diese neue Zeitschrift kein von der Stadt Wien herausgegebenes Magazin.

**ABSTIMMUNG:** Die Vereinbarung über die Festlegung von Immissionsgrenzwerten für Luftschadstoffe und über Maßnahmen zur Verringerung der Belastung der Umwelt wurde einstimmig angenommen. Die von der FPÖ und der SPÖ in der Debatte gestellten Anträge wurden zugewiesen.

### **Novellierung der Bauordnung**

Stadtrat Friederike SEIDL (SPÖ) beantragte eine Novellierung der Bauordnung, deren Kernstück die Mitwirkungsbefugnisse der Bezirksvertretungen bei der Vollziehung des § 69 in modifizierter Form wiederherstellt. Mit dieser Novelle sei es möglich, sagte Seidl, den Intentionen der Dezentralisierung zu entsprechen. Weitere Punkte betreffen die Verschärfung der Bestimmungen hinsichtlich der Verwendung von Aufenthaltsräumen in Schutzzonen sowie kleinen Baumaßnahmen in Eigentümshäusern innerhalb der Wohnung, für die nicht mehr die Zustimmung aller übrigen Miteigentümer notwendig sein soll.

Mit dieser Bauordnungsnovelle, sagte LABg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), komme zum Ausdruck, daß der Gedanke der Dezentralisierung weiter gefördert werde. Man müsse bei der Handhabung der Bauordnung allerdings

Forts. von Blatt 1099

Forts. auf Blatt 1101

darauf achten, die Mitwirkungsrechte der unmittelbar Betroffenen nicht zu schmälern. Dazu komme, daß die Information für die Betroffenen verbessert und eine motivierende Form erhalten müsse.

Die Rechte der Bezirksausschüsse würden mit dieser Novelle, erklärte LAbg. Dr. KRASSER (ÖVP), wesentlich erweitert, der Bauausschuß als Organ der Bezirksvertretung werde damit zur Behörde. Man müsse die Mitglieder dieser Ausschüsse aber entsprechend schulen. Bei Abweichungen von der Bauordnung sei klar formuliert, daß es sich nur um unwesentliche Änderungen handeln dürfe. Bei Widerspruch zu den Bauvorschriften müsse das Ansuchen abgewiesen werden. Seine Fraktion halte diese Novelle für einen gangbaren Weg, den Bezirken mehr Rechte zuzubilligen und sie mit größeren Aufgaben zu betrauen. Zur Nutzungsänderung von Wohnungen sagte Krasser, dies sei nicht im Sinne der Wiederbelebung von Altstadtgebieten, die neue Formulierung werde klärend im Sinne des Wunsches des Gesetzgebers wirken. Leider habe eine fehlinterpretierte Auffassung dies jahrelang verhindert.

Die Formulierungen in der Novelle, sagte LAbg. HAAS (SPÖ) seien nun deutlicher und tragen auch dem Umweltschutz Rechnung. So seien nun Abweichungen von der Baufluchtlinie leichter möglich, wenn dabei z.B. alter Baumbestand gerettet werden kann. Zur Bestimmung über Schutz-zonen meinte Haas, man wünsche keine Entvölkerung zugunsten von Geschäftslokalen oder Büroräumen. Dies betreffe auch den Dachbodenausbau, der nur für Wohnraumzwecke möglich sei. Mit dieser Novelle habe nun auch der Bauherr das Rechtsmittel der Berufung gegen einen Bescheid des Bauausschusses. Dies sei eine kleine Novelle, habe aber große Bedeutung, schloß Haas.

LAbg. Dr. SWOBODA (SPÖ) brachte den Antrag ein, den § 85/5 der Bauordnung so zu verändern, daß auch in Schutz-zonen eigenständige Architektur entstehen könne. Natürlich solle auch die Einfügung in das gewachsene Stadtbild gewährleistet sein, reine Stilkopien sollten aber vermieden werden können.

LAbg. Dr. KRASSER (ÖVP) sagte, der § 85/5 enthalte auch in seiner derzeitigen Formulierung keinen Zwang, bei Neubauten Stilkopien zu errichten. Demgemäß sei bei der Neuformulierung Vorsicht am Platz, wenn er auch die legitime Zielsetzung hinter dem Antrag Dr. Swobodas sehe.

In einer zweiten Wortmeldung sagte LAbg. Dr. SWOBODA, daß alle Fraktionen im Kern das gleiche wollten: die Verhinderung brutaler Architektur im gewachsenen Stadtbild, aber auch die Ermöglichung eigenständigen baukünstlerischen Schaffens.

**ABSTIMMUNG:** die Novelle wurde einstimmig angenommen, der Antrag von Dr. Swoboda wurde zugewiesen.

Die Sitzung des Landtages endete um 15.20 Uhr. (Schluß) red

## **Das Mühlwasser ist wieder zum Baden geeignet**

Wien, 22.5. (RK-LOKAL) Die Sperre der beiden Wildbadeplätze am Mühlwasser konnte nach einer Untersuchung der Wasserproben durch die Hygienisch-bakteriologische Untersuchungsanstalt der Stadt Wien mit Freitag wieder aufgehoben werden. Die beiden Gewässer „Mühlwasser beim Schilfweg“ und „Mühlwasser beim Biberhaufenweg“ waren vorübergehend bakteriologisch verunreinigt. Die Untersuchung der Wasserproben in dieser Woche hat ergeben, daß das Wasser wieder eine Badewasserqualität nach der Ö-Norm aufweist.

„Abgesehen davon, daß das Wetter derzeit nicht zum Baden einlädt“, betonte Umweltstadtrat Helmut BRAUN gegenüber der „RATHAUS-KORRESPONDENZ“, „sind wir es der Bevölkerung schuldig, bei begründetem Verdacht von Wasserverunreinigung sofort eine Sperre durchzuführen. Diesmal konnte die Sperre der Wildbadeplätze dank der eingehenden Untersuchungen rasch wieder aufgehoben werden“. (Schluß)  
red/bs



## **Bauordnungsnovelle vom Wiener Landtag beschlossen**

### **Mehr gestalterische Freiheit für Wohnungseigentümer**

Wien, 22.5. (RK-KOMMUNAL) Erfahrungsgemäß war es bisher in größeren Eigentumshäusern schon aus organisatorischen Gründen (z.B. längere Abwesenheit von Miteigentümern, Untervermietung) schwierig, die vom Gesetz geforderte Zustimmung der übrigen Eigentümer zu Umbauten innerhalb der eigenen Wohnung zu erhalten.

Hier schafft eine neue Bestimmung der am Freitag vom Wiener Landtag einstimmig beschlossenen Bauordnungsnovelle 1987 endgültig Abhilfe.

In Zukunft brauchen Wohnungseigentümer „bei kleineren baulichen Veränderungen innerhalb der Wohnung“ nicht mehr die Zustimmung aller übrigen Miteigentümer. Und zwar dann, wenn das Bauvorhaben die statischen Verhältnisse des Hauses nicht berührt, keine Änderung der Außengestaltung des Gebäudes erfolgt, gemeinsame Teile nicht betroffen sind.

Durch diese Möglichkeit zu vermehrter gestalterischer Freiheit innerhalb der Wohnung erhalten der Wohnwert und damit die Lebensqualität deutlich neue Akzente. (Schluß) pz/bs

## Wiener Gemeinderat

### Fragestunde

Wien, 22.5. (RK-KOMMUNAL) Nach dem Landtag begann die Sitzung des Wiener Gemeinderates, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), aus welchen Gründen nach der Gratisticketaffäre am Wiener Flughafen keine personellen Konsequenzen beim Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft gezogen wurden, erklärte Vizebürgermeister MAYR (SPÖ), daß es dazu auch nach Rücksprache mit dem Kontrollamt keinen Anlaß gegeben habe. Es sei ihm auch keine geplante Änderung der derzeitigen Geschäftsführung durch das Land Niederösterreich bekannt.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Ing. WORM (ÖVP), ob vorgesehen sei, den Planungsauftrag für die Sanierung der EBS und HKA an die Firmen SGP und Waagner-Biro zu erweitern, antwortete Vizebürgermeister MAYR (SPÖ), daß, wenn dies im Sinne des Umweltschutzes notwendig sei, entsprechende Anträge an den Gemeinderat gestellt würden.

Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Dkfm. KÖNIG (ÖVP), welche Vermittlerrolle er bei der Liegenschaftstransaktion eines Grundstücks im 5. Bezirk an den Altwarenhändler Hans Siegl gespielt habe, wobei das Grundstück auch für die Gemeinde Wien interessant gewesen wäre, erklärte Vizebürgermeister MAYR (SPÖ), daß er keinerlei Vermittlerrolle gespielt habe. Es habe von seiner Seite weder direkte noch indirekte Interventionen gegeben, und Herr Siegl sei ihm persönlich nicht bekannt. Er wisse auch nicht Bescheid über den Wert des Grundstückes, da die Transaktionen ausschließlich Angelegenheit des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds, der Firma Austria Email und von Hans Siegl gewesen sei.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. EDER (SPÖ), wie die Reaktionen auf die Aktion der Stadt Wien „Hundehaltung in der Großstadt“ sind, sagte StR. SEIDL (SPÖ), daß neben zahlreichen schriftlichen und telefonischen Reaktionen über 9.000 Fragebögen von Tierhaltern zurückgesendet wurden. Die Information werde auch künftig fortgesetzt. Auch im neuen Tierschutz- und Tierhaltegesetz werden Bestimmungen über Hundehaltung enthalten sein.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. HOLUB (SPÖ), welche Kriterien bei der Auswahl von Hauptstraßen im Sinne „Bevorzugtes Straßennetz Wien“ im Zuge der Dezentralisierung maßgebend sind, sagte StR. Ing. HOFMANN (SPÖ), daß vor allem die Verkehrsbelastung und Verkehrsführung der Straßen maßgeblich sind. Die Auswahl erfolgt im Einvernehmen zwischen den Bezirken, den zuständigen Magistratsabteilungen und der Bundespolizeidirektion.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), wie der nunmehr letztgültige Stand der planerischen Überlegungen zur Gestaltung des Albertinaplatzes ist, sagte StR. Ing. HOFMANN (SPÖ), daß eine Entscheidung über die vielen Vorschläge erst nach einer genauen Prüfung und Diskussion erfolgt. Es bestehe kein Zeitdruck, zudem sei eine weitere Großbaustelle im 1. Bezirk derzeit nicht zielführend. Für eine Bebauung bestünden derzeit wenig Chancen, sodaß eine Platzgestaltung, eventuell mit einer zwischenzeitlichen Gartengestaltung, eher wahrscheinlich ist. Grundsätzlich bekannte sich Hofmann zu der Absicht, auf dem Platz das Antifaschismus-Denkmal von Hrdlicka zu realisieren.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. LEHNER (SPÖ), wie groß die Teilnehmerzahl am Wettbewerb „Chancen für den Donauraum“ war, erklärte StR. HOFMANN (SPÖ), daß insgesamt 166 Arbeiten abgegeben wurden. Auf das erste Bürgervotum im vergangenen Jahr erfolgten 4.000 Einsendungen. Zu den im Rahmen einer Ausstellung gezeigten Juryergebnissen gab es 400 Stellungnahmen.

Vor der Freigabe zur Adoption werden Kinder immer noch in Kinderheimen untergebracht. Die ACHTE ANFRAGE von Mag. Eva PETRIK (ÖVP) hatte deshalb zum Inhalt, ob diese Zeit im Interesse der Kinder nicht bei Pflegeeltern bzw. voraussichtlichen Adoptiveltern überbrückt werden könnte. StR. Ingrid SMEJKAL (SPÖ) erklärte, daß seit Jahren die Bemühungen dahin gehen, die Vermittlung von Adoptivkindern direkt in die Familie vorzunehmen. Im vergangenen Jahr traf dies auch bei 62 Adoptivvermittlungen von insgesamt 71 zu. Die direkte Vermittlung sei jedoch bei Findelkindern nicht möglich, da zuerst die polizeilichen Vermittlungen abgeschlossen werden müssen. Die Kinder werden während dieser Zeit in der Familiengruppe im Charlotte-Bühler-Heim untergebracht, weil eine zwischenzeitliche Unterbringung bei Pflege- bzw. künftigen Adoptivfamilien große Belastungen bedeuten kann, wenn das Kind unter Umständen schon nach kurzer Zeit die Familie wieder verlassen muß. So war 1986 in zwei Fällen eine Rückführung zu den leiblichen Eltern möglich.

Auf die ZUSATZFRAGE erklärte SMEJKAL, daß Findelkinder im langjährigen Durchschnitt rund 14 Tage vorübergehend im Heim betreut werden.

In der NEUNTEN ANFRAGE erkundigte sich GR. Dipl. Kfm. HOTTER (ÖVP), wie hoch die Schadenshöhe an Gemeindebauten ist, die nicht älter als 10 Jahre sind und an denen bereits verschiedene Sanierungsarbeiten vorgenommen werden. StR. EDLINGER (SPÖ) führte aus, daß die Mängel verschiedene Ursachen haben. Bei Baumängeln werde geprüft, ob die bauausführende Firma zur Reparatur herangezogen werden könne, teilweise handelt es sich aber auch um Abnutzungerscheinungen. Deshalb konnten keine absoluten Zahlen genannt werden. Die notwendigen Sanierungen werden mit den Mietervertretungen bzw. mit den Mietern besprochen, und ein Prioritätenkatalog wird erstellt. Diese Vorgangsweise sei derzeit für 20 Wohnhausanlagen aktuell. Zur budgetären Auswirkung sagte der Wohnbaustadtrat, daß diese Sanierungsarbeiten keine Auswirkungen auf das Neubauvolumen haben können, da Mittel der Wohnbauförderung nicht zur Mängelsanierung verwendet werden dürfen.

Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. Ing. HUBER (SPÖ), welche Möglichkeit es gebe, den Wasserstand in der Alten Donau zu sichern bzw. zu verbessern, sagte StR. BRAUN (SPÖ), der Wasserstand der Alten Donau sei vom Wasserstand der Donau geprägt gewesen, mit dem Baufortschritt der Neuen Donau habe aber auch das Bade- und Erholungsgebiet der Alten Donau eine Grundwasseranreicherung erfahren. Im Zuge der Errichtung der A 22 werde man eine neuerliche Wasserstandserhöhung durch eine Überleitungsvariante erreichen, was sich auch auf den Wasserstand der Neuen Donau positiv auswirken werde.

Zur ELFTEN ANFRAGE von GR. Ing. WORM (ÖVP), welche Art von Grundwasserabdichtung an der rechten Donauuferseite im Zusammenhang mit der Errichtung des Donauhochwasserschutzdammes und der allfälligen Errichtung einer Staustufe definitiv vorgesehen sei, sagte StR. BRAUN, man habe das Schmalwandkastensystem gewählt. Braun unterstrich in diesem Zusammenhang, daß ein Aufstau der Donau bei Wien das Grundwasserwerk Lobau nicht gefährden werde.

#### **Neue Gemeinderätin**

Anna Elisabeth HASELBACH (SPÖ) wurde als neues Mitglied des Gemeinderates angelobt. Sie übernahm das Mandat von GR. LACINA, der Bezirksvorsteher von Brigittenau wird.

#### **Wahl für Sparkassenrat der Zentralsparkasse**

Nationalratsabgeordneter Komm.-Rat. SCHMIDTMEIER (SPÖ) wurde anstelle von NR Komm.-Rat MÜHLBACHER (SPÖ) in den Sparkassenrat der Zentralsparkasse gewählt. GR. PAWKOWICZ (FPÖ) führte gegen diesen Beschluß an, daß es eine Absichtserklärung des Gemeinderates gebe, keine aktiven Politiker in die Aufsichtsräte von Betrieben der Stadt Wien oder der Stadt Wien nahestehenden Betrieben zu entsenden. GR. Christine SCHIRMER (SPÖ) entgegnete, daß die „Z“ nicht im Eigentum der Stadt Wien stehe und damit die Voraussetzungen für die Wahl SCHMIDTMEIERS gegeben seien.

Die Wahl SCHMIDTMEIERS erfolgte mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP.

#### **Senkung des Gaspreises**

Energiestadtrat HATZL (SPÖ) stellte den Antrag auf Senkung des Gaspreises um 5 Prozent mit Wirkung ab 1. Mai 1987.

Forts. von Blatt 1104

Forts. auf Blatt 1106

Forts. von Blatt 1105

GR. STRATIL (ÖVP) befürwortete zwar die Preissenkung, kritisierte aber, daß dafür offensichtlich erst die Preissenkung der NIOGAS ausschlaggebend war. Außerdem meinte er, daß die Wiener Stadtwerke-Gaswerke aufgrund ihrer Monopolstellung manchmal konsumentenfeindlich handelten. Er halte es daher für sinnvoll, das privatwirtschaftliche Denken bei derartigen Monopolbetrieben zu forcieren.

GR. EDER (SPÖ) erklärte, daß seit der ersten Verbilligung der Gaspreis nunmehr um insgesamt 27,5 Prozent gesenkt worden sei. Ausschlaggebend für die diesmalige Preissenkung sei nicht die NIOGAS, sondern der Erdölmarkt gewesen. Der neue Tarif wird vorläufig bis 31. Dezember 1987 befristet. Eder erwähnte, daß ein Liefervertrag mit Norwegen abgeschlossen worden sei, der Erdgaslieferungen ab dem Jahr 1993 vorsehe.

StR. HATZL (SPÖ) stellte in seinem Schlußwort fest, daß die unterschiedlichen Gaspreise zwischen Wien und Niederösterreich durch verschiedenartige Gesteigungskosten, Materialkosten und Kundenstruktur zustande kämen. Die Wiener Stadtwerke-Gaswerke seien absolut konsumentenfreundlich, zweifelsohne könnten aber in Einzelfällen Fehler passieren.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen.

### Flächenwidmung auf der Schmelz

GR. PRAMEL (SPÖ) beantragte die Neufestsetzung eines Flächenwidmungsplanes im Bereich Gablenzgasse/Schmelz im 15. Bezirk.

GR. ZIGMUND (ÖVP) erklärte namens der ÖVP, daß keine Zustimmung zu dieser Umwidmung erfolgen wird. Die Anrainer fordern entsprechend der Flächenwidmung Grünland. Luft- und Lärmmessungen in diesem Bereich hätten schlechtere Ergebnisse gebracht, sagte Zigmund. Überdies widerspreche diese Änderung der Flächenwidmung der Wiener Grünlanddeklaration und dem Stadtentwicklungsplan.

GR. Ing. HUBER (SPÖ) wies auf die große Zahl der Wohnungssuchenden sowie den schlechten Wohnungsstandard im 15. Bezirk hin. Die Änderung der Flächenwidmung wurde außerdem von der Bezirksvertretung einstimmig beschlossen. Huber rief zu solidarischem Verhalten mit sozial Schwachen auf.

GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP) wies darauf hin, daß auch andere Bezirke unter Bevölkerungsrückgang, dichter Besiedlung und Grünarmut leiden. Die Sportflächen und Kleingärten auf der Schmelz seien kein Ersatz für die Sehnsucht der Anrainer nach einem Park. Dkfm. Wöber beantragte die Absetzung des Geschäftsstückes von der Tagesordnung.

GR. OUTOLNY (SPÖ) erklärte, daß die Grünflächen im 15. Bezirk in den letzten Jahren verdoppelt werden konnten. Eine weitere Grünfläche in der Ullmannstraße sei in Vorbereitung. Outolny erinnerte an die jahrzehntelange gute Zusammenarbeit aller Parteien im Bezirk, wodurch in sachlicher Weise Grünraum erhalten und Wohnraum geschaffen werden konnte. Dieses Klima sei nun ernsthaft gefährdet.

Der Berichterstatter, GR. PRAMEL (SPÖ), ergänzte, daß es sich um eine Fläche von 6,5 Hektar handelt und durch die Errichtung von Wohnbauten anstelle der derzeitigen Garagen keine Verschlechterung eintreten werde.

ABSTIMMUNG: Das Geschäftsstück wurde mit Mehrheit angenommen.

### Feststellung der Haupt- und Nebenstraßen

GR. JANK (SPÖ) beantragte die Annahme eines Verordnungsentwurfes, mit dem die Haupt- und Nebenstraßen festgestellt werden.

GR. Mag. ZIMA (SPÖ) erklärte, daß diese sogenannte Hauptstraßenverordnung einen Teil des Paketes der Dezentralisierungsmaßnahmen darstellt. Die Erörterungen über die Auswahl jener Straßenzüge, die in dieser Verordnung als Hauptstraße bezeichnet werden, bei denen die Zuständigkeit bei den Zentralstellen und nicht bei den Bezirken liegt, haben gezeigt, daß eine Gesamtkonzeption der Auswahl der Hauptstraßen notwendig sei. Es sei zwar durchaus sinnvoll, die vorliegende Hauptstraßenverordnung für das Budgetjahr 1988 zu beschließen, gleichzeitig werde jedoch der Magistrat ersucht, ehestmöglich einen neuen Katalog der Kriterien für die Zuordnung von Straßenzügen zum Hauptstraßennetz auszuarbeiten. GR. Zima legte einen entsprechenden RESOLUTIONSANTRAG vor, der von allen im Gemeinderat vertretenen Parteien unterstützt wird.

ABSTIMMUNG: Der Resolutionsantrag und das Geschäftsstück wurden einstimmig angenommen. Der Gemeinderat schloß um 18.25 Uhr. (Schluß) red